



HESSISCHER LANDTAG

Änderungsantrag

19.01.2022
HHA

Fraktion DIE LINKE

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses
Drucksache 20/6873 zu Drucksache 20/6380

Inhalt des Antrags: **Abschaffung des Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler**

Einzelplan 03 Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 03 01 Ministerium
Buchungskreis: 2200

Produktnummer lt. Leistungsplan 10

Bezeichnung lt. Leistungsplan Ordnungspolitik

<u>Leistungsplan:</u>	Veränderung		
	von	um	auf
	Beträge in 1.000 EUR		
Gesamtkosten	43.225,3	-400,0	42.825,3
Produktabgeltung	-28.370,5	-400,0	-28.770,5

Weitere Änderungen im Wirtschafts-/ Stellenplan:

Im Stellenplan der Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler werden alle Stellen gestrichen. Die Stabsstelle wird aufgelöst.

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Es ist nicht sachgerecht, eine Position aufrecht zu erhalten, die ausschließlich für Belange von sogenannten Heimatvertriebenen und Spätaussiedlern zuständig ist. Die Abteilung VI im Ministerium für Soziales und Integration, die für Integration zuständig ist, sollte für die Integration aller in Hessen lebenden Migrantinnen und Migranten zuständig sein, auch die aus dem Ausland nach Deutschland Migrierenden deutscher Staatsangehörigkeit. Der Sonderstellung der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler, die sich in der Stelle der Landesbeauftragten manifestiert, hat einen völkischen Charakter, ebenso wie das Bundesvertriebenengesetz, auf das sich die Aufgabenbeschreibung der Landesbeauftragten bezieht. Die Charta der Heimatvertriebenen, die die derzeitige Landesbeauftragte als „ihr Grundgesetz“ bezeichnete, hat revisionistische Züge, da sie die Vertriebenen als die vom 2. Weltkrieg am schwersten Betroffenen bezeichnet, womit sie die Opfer des Holocaust verhöhnt.

Wiesbaden, 19.01.2022

Für die Fraktion
DIE LINKE
Der Fraktionsvorsitzende:

Jan Schalauske